Leserbrief, 30. Mai 2007

## Wer Ausländerhass schürt und den Rechtsstaat schwächt, ist mitverantwortlich für Jugendgewalt

Seit längerer Zeit erscheinen in den Schlagzeilen regelmässig Meldungen zu Gewalt insbesondere unter Jugendlichen. Zwar kann man als Nichtbetroffener dazu neigen, sich an seine eigenen Balgereien im Jugendalter zu erinnern und die Aufregung mangelnder Toleranz Jugendlichen gegenüber zuzuschreiben. Dies mag nicht ganz falsch sein, doch schaut man genauer hin, so ist tatsächlich einiges aus dem Lot geraten. Gewalt ist rücksichtsloser geworden. Viele Jugendliche haben Angst und Eltern erst recht. Aber auch ältere Leute oder Anwohner fürchten sich an bestimmten Orten oder zu bestimmten Zeiten und vermeiden es, Zivilcourage zu zeigen. Vom achtlosen Wegwerfen von Abfall über Vandalismus bis zur bewussten Inkaufnahme einer Todesfolge bei Schlägereien scheint alles ins gleiche Muster zu passen. Oft sind zudem Jugendliche mit ausländischem Hintergrund beteiligt.

So vielfältig wie die Gründe für diese Formen von Gewalt wohl sind, so umfassend müssen die Massnahmen dagegen sein. Dabei sind staatliche Institutionen besonders gefordert und in der Politik müssen die konstruktiven Kräfte beginnen, eine Gesamtstrategie an die Hand zu nehmen.

Die Eindämmung von Gewalt hängt auch zusammen mit der Integration ausländischer Jugendlicher. Integration ist sicher auch eine Bringschuld von Ausländerinnen und Ausländern. Kontraproduktiv ist jedoch das Schüren von Hass und Angst gegenüber immer wieder anders bezeichneten Fremden, wie es die SVP seit Jahren pflegt. Viele Jugendliche mit ausländischem Hintergrund haben ohnehin nicht viel zu verlieren. Wenn ihnen die Aufnahme in unsere Gesellschaft nur aufgrund ihrer Herkunft verweigert wird, warum sollten sie sich dann noch an Regeln halten? Vergessen wir nicht, dass sie es meistens trotzdem tun.

Die jüngsten Attacken von SVP-Exponenten gegen die Justiz im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt in Baar, die zurzeit im Kantonsrat eine Fortsetzung finden, verfehlen ihr vorgegebenes Ziel ebenfalls. Gerade wenn die Emotionen (verständlicherweise) hoch gehen, ist es wichtig, dass sich die Untersuchungsbehörden an die in ruhigen Zeiten formulierten Gesetze und Abläufe halten. Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein zentrales Gut des Rechtsstaates. Wer mit Entscheiden der Justizbehörden nicht einverstanden ist, muss die Gesetze demokratisch ändern und nicht die Unabhängigkeit der Gerichte beschränken. Das von SVP-Politikern hier an den Tag gelegte Rechtsverständnis gleicht den moralisierenden Vorverurteilungen, wie sie hie und da auch bei der äusseren Linken vorkommen. Der Widerspruch ist dabei augenfällig: Wie soll sich ein geschwächter Rechtsstaat verstärkt für Recht und Ordnung einsetzen? Wer Ausländerhass schürt und den Rechtsstaat schwächt, ist mitverantwortlich für Jugendgewalt.

Martin Pfister, Kantonsrat